

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 06 66 846 ppbn c



Inhalt

39. Jahrgang / 118

22. Juni 1984

Horst Sielaff MdB weist auf die Furcht führender polnischer Politiker vor einem neuen Kalten Krieg hin. Seite 1

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, zieht Konsequenzen aus dem Scheitern Biedenkopfs: Anklänge an Weimar. Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor den verhängnisvollen Folgen einer Lufthansa-Privatisierung. Seite 5

Anke Martiny MdB kritisiert Zimmermann wegen der Art und Weise, wie der Deutsche Filmpreis 1984 verliehen wird. Seite 7

Manfred Reimann MdB belegt, daß die Bundesregierung um die negative Bilanz ihrer Arbeitsmarktpolitik durchaus weiß. Seite 8

Das Kabinett Kohl gerät mehr und mehr ins Zwielficht

Die Versöhnungspolitik zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen steht auf dem Spiel

Von Horst Sielaff MdB

Nicht nur innenpolitisch, auch in der Außenpolitik ist die konservative Bundesregierung dabei, die positive Bilanz des letzten Jahrzehnts in kurzer Zeit zu zerstören. Die von der großen Mehrheit aller Deutschen getragene Versöhnungspolitik mit den osteuropäischen Staaten steht auf dem Spiel, wenn nicht endlich der Bundeskanzler selbst klar Stellung bezieht und die kalten Krieger seiner Fraktion in die Schranken verweist. Es reicht - leider - nicht mehr, wenn der Bundesaußenminister - wie in der Aktuellen Stunde geschehen - sich eindeutig für den Warschauer Vertrag und dessen Geist ausspricht und sich zur Kontinuität der sozialliberalen Ostpolitik bekennt.

In der Volksrepublik Polen fürchten führende Politiker, daß Genschers Kurs nicht mehr lange Kurs der gesamten Bundesregierung sein wird. Die seit über zwei Jahren praktisch stagnierenden Kontakte zwischen den Regierungen in Polen und der Bundesrepublik erhielten einen zusätzlichen Schlag durch das tollpatschige, dumme und von jedem Fingerspitzengefühl mangelnde Auftreten des CDU-Abgeordneten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rühle in Polen. Der offizielle Kontakt zwischen den Christdemokraten und der Führung in Polen hätte kaum negativer ausfallen können.



Die nicht enden wollende Diskussion um die Westgrenze Polens bei den Christdemokraten und der massive Auftritt von Regierungsmitgliedern bei den Pfingsttreffen der Altvertriebenenverbände läßt bei den Polen den Eindruck entstehen, die jetzige Regierung wolle den Warschauer Vertrag verändern. Die konservative Regierung wolle die endgültige Entscheidung über die Westgrenze Polens rückgängig machen oder zumindest mit dem Verweis auf die Verantwortlichkeit der Alliierten zeitlich verschieben und das vermeintliche deutsche Minderheitenproblem in Polen sowie die Ausreise Deutschstämmiger und ihrer Nachkommen zum Mittelpunkt des Warschauer Vertrages machen - so der Eindruck polnischer Politiker.

Die Entspannungspolitiker in Warschau fürchten, daß die Volksrepublik Polen zum Objekt, zum Spielball der Verhärtungen zwischen NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten wird und die Bundesregierung bei dieser Wende zurück in den kalten Krieg eine Pilotrolle übernommen habe. Man verweist dabei zusätzlich auf die Haltung der Bundesregierung bei der Stationierung der Mittelstreckenraketen.

Die Abkühlung zwischen Ost und West ist bei den politischen Gesprächen in Polen überall spürbar. Wer davon ausgeht, daß das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen zum Barometer der gesamten Ost-West-Beziehungen geworden ist, muß feststellen, daß nicht der Sommer vor der Tür steht, sondern ein sehr kalter Winter.

Der neue Bundespräsident, der Bundesaußenminister und andere Konservativliberale, die sich in der Vergangenheit Verdienste um die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen erworben haben, sollten dem Bundeskanzler deutlich machen, daß sein Schweigen die Versöhnungspolitik auf's Spiel setzt. Die Aussage der Regierungserklärung, in der es hieß: "Wir wollen Aussöhnung und Verständigung mit Polen... Geschlossene Verträge gelten. Wir nutzen sie zur Ausgestaltung unserer Beziehungen", wird zum zynischen Lippenbekenntnis herabgewürdigt, wenn nicht endlich der Regierungschef selbst zu den aktuellen Diskussionen im Regierungslager über das Verhältnis Polen und der Bundesrepublik Deutschland klar und eindeutig Stellung nimmt. (-/22.6.1984/ks/va)

+ + +



Weimarer Bezüge der Schlichtungs-Situation

Wir treiben auf eine Auseinandersetzung zu, die Schlimmes ahnen läßt

Von Rudolf Dreßler MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

In der Druckindustrie stehen die Zeichen mehr denn je auf Sturm. Die Arbeitgeber haben einen Weg, die Vermittlungsbemühungen von Professor Kurt Biedenkopf zu torpedieren, gesucht und gefunden. Dabei hat der konservative Politiker Kurt Biedenkopf nichts anderes getan, als konträre Standpunkte, die sich auf den ersten Blick ausschließen, durch gescheiterte, entwicklungsfähige Überlegungen zu überwinden. Biedenkopf gebührt unser Dank für seine solide und sachliche Tätigkeit - auch wenn sie nicht von Erfolg gekrönt war.

Was bedeutet das schroffe Nein der Arbeitgeber zu den Biedenkopf-Überlegungen? Es bedeutet einmal, daß der Tabu-Katalog der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) nach wie vor seine volle Gültigkeit hat. Die BDA-Zentrale in Köln hat in der Mitte der siebziger Jahre entschieden, daß die einzelnen Arbeitgeberverbände die Finger von der Arbeitszeitverkürzung zu lassen haben, sobald die Wochenarbeitszeit auch nur tangiert wird - und dieses Tarif-Diktat gilt noch heute.

Die Haltung der Druck-Arbeitgeber beweist, daß die Arbeitgeber insgesamt über ein zentralistisch angelegtes, straffes und autoritär gehandhabtes sozialpolitisches Konzept verfügen. Wer vergleichbare Muster sucht, der muß schon auf die Planwirtschaften des "realen Sozialismus" blicken. Dort wird ähnlich wie im Arbeitgeberbereich von der zentralen Behörde entschieden und die untergeordneten Bereiche marschieren - im Gleichschritt.

Das Nein der Arbeitgeber provoziert ferner die Frage nach der Zukunft der Tarifpolitik. Wenn ein Tarifpartner nicht kompromißfähig ist, wird es sinnlos zu verhandeln, dann geht es doch nur noch darum, daß der eine Teil dem anderen seinen Willen aufzwingt. Das ist das Gegenteil von Tarifpolitik. Das Ziel der Arbeitgeber ist also die Demoralisierung der Gewerkschaftsmitglieder - zu studieren in



den USA, wo sich Arbeitnehmer Reallohnsenkungen, Mehrarbeit und schlechtere Arbeitsbedingungen aufzwingen lassen müssen, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu bekommen oder ihn zu behalten.

Die Druck-Arbeitgeber bewegen sich mit ihrer Haltung auf die Arbeitgeber-Strategie zu Ende der Weimarer Republik zu. Damals zerstörten sie durch die Absage an und Nichtbeachtung von Schlichtungssprüchen die Tarifautonomie, und sie schwächten die Gewerkschaftsbewegung insgesamt derart, daß der Hitler-Faschismus ein leichteres Spiel hatte.

Wir müssen heute an diese Erfahrungen der Arbeiterbewegung erinnern, weil offenkundig bei den Arbeitgebern das Gespür für die Konsequenzen ihrer Tarifpolitik abhanden gekommen ist.

Die Verständigung der gesellschaftlichen Gruppen über soziale Ziele auf dem Wege des Kompromisses war entscheidend für den Wiederaufbau, für die Verwurzelung der Demokratie in den Bürgern und für den hohen Lebensstandard. Diese Verständigung ist den Arbeitgebern offenkundig keinen Heller mehr wert. Dies ist die bitterste Konsequenz aus dem Scheitern der Vermittlungsbemühungen von Kurt Biedenkopf.

Wenn es nicht gelingt, noch einmal eine Schlichtung in Gang zu setzen, dann bewegt sich die Bundesrepublik - auch eingedenk der Tarifsituation in anderen Wirtschaftsbereichen - tatsächlich auf eine unvergleichlich harte Auseinandersetzung zu - an deren Ende es wohl kaum Sieger geben wird. Denn kampflös werden die Gewerkschaften und zugleich auch die Sozialdemokraten von keiner Position zu vertreiben sein. In diesem Zusammenhang muß folgendes in Erinnerung zurückgerufen werden. Ein Arbeitgeberverband ist schließlich lediglich eine kleine - und man muß hinzufügen radikale Minderheit - in unserer Gesellschaft.

(-/22.6.1984/ks/va)

+ + +



Lufthansaprivatisierung: Verrat an nationalen Interessen

Ein erfolgreich geführtes Unternehmen soll geopfert werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Immer stärker wird in den letzten Wochen aus den Reihen der Koalitionsfraktionen eine Privatisierung der Lufthansa gefordert. Die Argumente der Privatisierungsbefürworter lassen eine eklatante Vernachlässigung unserer nationalen Interessen erkennen. Da wird so getan, als ob bei einer Absenkung des Bundesanteils von kurzfristig 51 Prozent und mittelfristig unter 50 Prozent die Stellung des Unternehmens Lufthansa noch so zu sehen wäre, wie sie heute ist.

Ich sehe die Gefahr, daß ein gut geführtes erfolgreiches Unternehmen zerschlagen und auf dem Altar einer fragwürdigen Privatisierungsideologie geopfert wird! Auch das beste Unternehmen ist schnell kaputtgemacht. Nur, die Frage ist, was tauscht man dafür ein?

Nur am Rande sei vermerkt: 1,5 Milliarden DM Steuergelder sind in den vergangenen Jahren in das Unternehmen Lufthansa investiert worden. Diese sollen nunmehr zu Rabattpreisen abgegeben werden. Dies ist eine Verschleuderung von Volksvermögen. Wenn nötig, sogar in das Ausland! Damit wird ein Instrument nationaler und internationaler Verkehrspolitik aus der Hand gegeben. Nationale Interessen werden verraten, weil man der Privatisierungsideologie zuliebe die Gewinne verscherbeln will.

Die Lufthansa ist, international gesehen, wichtigster Kunde der Airbusindustrie. Darf man den Aspekt der nationalen Industriepolitik so einfach vernachlässigen? Auch die strategische Bedeutung der Lufthansa im Verteidigungsfall darf in einer derartigen Diskussion nicht tabuisiert werden. Eine ernstzunehmende Verteidigung kann ohne Logistik nicht stattfinden. Die Lufthansaflotte wird im Verteidigungsfall einschließlich des Personals in die Vereinigten Staaten überstellt. Eine Vorhaltung für solche Verteidigungsfälle würde von keinem Privatunternehmen eingegangen werden.

Nach Paragraph 147 Aktienrecht können zehn Prozent der Stimmen Schadenersatzklagen in Bewegung bringen. Was geschieht, wenn das Unternehmen Lufthansa Forderungen der Bundesregierung nachkommt, jedoch nicht mit den Interessen dieser oben genannten zehn Prozent identisch sind?

Die Bundesregierung hat am 16. August 1983 gegenüber dem Parlament erklärt: "Um den Einfluß des Bundes auf das Unternehmen, das mit dem Fluglinienverkehr Aufgaben staatlicher Daseinsvorsorge wahrnimmt, in angemessener Weise ausüben zu können, wird eine Beteiligung von mindestens 75 Prozent für geboten gehalten. Eine Mehrheit von drei Viertel des bei der Hauptversammlung vertretenen Kapitals ist beispielsweise erforderlich bei

- Erhöhung des Grundkapitals bei Ausgabe von Vorzugsaktien (§§ 182, 207 Aktiengesetz),
- bedingte Erhöhung des Grundkapitals (§§ 192, 193 Aktiengesetz),
- genehmigtem Kapital (§ 202 Aktiengesetz),
- Herabsetzung des Grundkapitals (§ 222 Aktiengesetz),
- Auflösung der Gesellschaft (§ 262 Aktiengesetz),
- Abschluß von Unternehmensverträgen (Beherrschungs- Gewinnabführungsverträge, § 293 Aktiengesetz).

Um den weiteren Ausbau der Lufthansa unabhängig von spekulativen Interessen sicherzustellen, hat auch der Deutsche Bundestag eine qualifizierte Mehrheit des Bundes für



erforderlich gehalten, und in seiner Sitzung am 3. März 1976 folgenden Beschluß auf Antrag des Ausschusses für das Bundesvermögen (Drs. V/323) gefaßt: "Betreff: Zustimmung des Bundesrates und des Deutschen Bundestages zur Überlassung junger Aktien der Deutschen Lufthansa AG an private Zeichner. ...Die Zustimmung gilt mit der Einschränkung, daß mindestens 75 Prozent des Grundkapitals der Deutschen Lufthansa AG im Besitz des Bundes (einschließlich Bundesbahn und Bundespost) verbleiben."

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 28. Juni 1967 (Drs V/1911) erneut einstimmig beschlossen, "daß der Bund durch ein Poolabkommen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau sicherstellt, daß diese zur Erhaltung des Stimmrechts einer qualifizierten Mehrheit von 75 Prozent des Bundes ihr Stimmrecht im Einvernehmen mit dem Bund ausübt, und daß sie über ihre Aktien nur im Einvernehmen mit dem Bund verfügt."

1966 erklärte der damalige Bundesminister der Finanzen zu diesem Problemkreis, "das Ausland sei mehr am Einfluß auf die Gesellschaft (Deutsche Lufthansa) als an den Dividenden interessiert. Und, um das Interesse des Auslandes nicht zu groß werden zu lassen, halte die Bundesregierung auch an einer 75prozentigen Beteiligung des Bundes fest."

Diese Politik war damals richtig und ist auch heute noch richtig. Eine Abkehr von dieser seit mehreren Jahrzehnten unbestrittenen Politik ist ein Ausverkauf der Deutschen Interessen. Ein rein kommerziell orientiertes Privatunternehmen Lufthansa wird nicht in der Lage sein, Aufgaben der Daseinsvorsorge und darüber hinausgehende nationale Interessen in seine Unternehmenspolitik umzusetzen. (-/22.6.1984/va/fr)

+ + +



Angst vor Gespenstern?

Zimmermanns Filmpreis-Verleihung vor "Handverlesenen"

Von Anke Martiny MdB

Mitglied der Projektkommission A beim Bundesministerium des Innern

Erinnern wir uns: Bei der Verleihung des Deutschen Filmpreises 1983 gemahnten als Gespenster verkleidete Gäste den Bundesinnenminister Zimmermann an seine unrühmliche Rolle, die er bei der Abwicklung der Finanzierung des Filmes "Das Gespenst" von Herbert Achternbusch gespielt hatte. Die Feier zur Verleihung des Deutschen Filmpreises 1983 geriet streckenweise zum Menetekel. Auch für die Fernsehzuschauer, für die vom Filmpreis berichtet wurde, sollte deutlich werden, wie eiskalt und aalglatt der Bundesinnenminister die "Wende" bewährter Filmpolitik bewerkstelligte.

Und solches darf natürlich 1984 nicht wieder vorkommen! Im "Kleinen Kreis" (von Gleichgesinnten?) soll in diesem Jahr die Preisübergabe stattfinden. Werner Herzog wird seinen mit dem Filmband in Gold ausgezeichneten Film "Wo die grünen Ameisen träumen" also bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit nicht vorstellen - auch ein Novum bei deutschen Filmpreisen. Ein weiterer preisgekrönter Spielfilm, ein ausgezeichnete Dokumentarfilm sowie drei weitere Produktionen, deren Mitwirkende für Einzelleistungen mit einem Bundesfilmpreis bedacht werden, werden auch nicht gezeigt, obwohl man sie bisher im Kino nicht zu sehen bekam. In früheren Jahren hatte man erfreulicherweise in Berlin einen umfassenden Überblick über die mit dem Deutschen Filmpreis gewürdigten Arbeiten. Auch alles andere, das bisher die Verleihung des Deutschen Filmpreises auszeichnete - die Retrospektive von in früheren Jahren ausgezeichneten Arbeiten, das informative Programm im Arsenal - alles das gibt es nicht mehr, wohl weil der Bundesinnenminister Angst vor Gespenstern hat. Wie denn, so wenig Mut, Herr Zimmermann?

Aber wir kennen das ja bereits: Demokratie ist, wenn in atemlosem Schweigen den Worten von Kanzler und Ministern gelauscht wird, wenn in aller Stille Kontroverses abgehandelt wird, wenn der möglichen "Gefahr" alternativer Meinung mit Rückzug aus der Öffentlichkeit begegnet wird.

Auf der Strecke bleibt - wieder einmal - der Film, der die Öffentlichkeit, die breite Öffentlichkeit, nun einmal braucht: gerade dann, wenn er - das kommt selten genug vor - feiert!

Auf der Strecke bleibt auch ein Stück gewachsener Bindung mit Berlin. Hat die CDU/CSU vergessen, was sie als Opposition gerade in Bezug auf den Bundesfilmpreis lautstark forderte und wie sie geradezu von Verrat sprach, als die zeitliche Zusammenfassung von Festspielen und Filmpreis zur Debatte stand? Nicht wahr, es fordert sich gut etwas Vollmundiges über Berlin: Jetzt, wo Forderungen eingelöst werden sollen, herrscht Gedächtnisschwund.
(-/22.6.1984/ks/va)

+ + +



Der soziale Friede wird zerstört

Die Regierung läßt die Arbeitsmarktpolitik verkommen

Von Manfred Reimann MdB

Das Instrument der Arbeitsmarktpolitik ist stumpf geworden unter der CDU/CSU- und FDP-Bundesregierung. Ihre einseitige und rigorose Kürzungspolitik fördert nur die Verdrängung der Arbeitnehmer und Arbeitslosen aus dem Erwerbsleben. Sie ist deswegen falsch angelegt, weil sie keinen Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit zu leisten vermag. Die Bundesregierung dokumentiert dies sogar selbst mit ihren Antworten auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion (Drucksache 10/1451).

Offiziell gesteht die Bundesregierung folgende Tatbestände ein, die eindeutig auf das Konto ihrer untätigen und unfähigen Arbeitsmarktpolitik zurückgehen:

1. Seitdem sie regiert, hat die Arbeitslosigkeit ein Ausmaß erreicht, wie es unter sozialliberaler Bundesregierung nie vorgekommen ist und überhaupt nicht vorstellbar war. Allein im letzten Jahr verloren 400.000 Menschen ihren Arbeitsplatz.
2. Die Bundesregierung gibt zu, wenn auch nur indirekt, daß die offizielle Arbeitslosenstatistik geschönt ist und allein nicht verwendet werden darf. Sie verschweigt absichtlich die Höhe der "stillen Reserve". Hierzu gehören beispielsweise die vielen arbeitslosen Menschen, die keine Unterstützung mehr von der Bundesanstalt erhalten. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt geht mittlerweile von cirka einer Million aus.

Das bedeutet: Tatsächlich sind heute insgesamt cirka 3,2 Millionen Menschen arbeitslos. Statistisch betrifft dies bereits jede Familie.
3. Ein Beleg für falsch angelegte Arbeitsmarktpolitik ist vor allem die wachsende Dauerarbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 7,4 Monaten in 1981 auf 10,3 Monate in 1983. Es ist zu vermuten, daß die Bundesregierung bewußt Angaben über die Anzahl der Dauerarbeitslosen verschwiegen hat, denn damit würde sich das Bild ihrer untätigen Arbeitsmarktpolitik abrunden.



4. Die Bundesregierung bestätigt durch eine Vielzahl von Zahlenbeispielen, daß ihre rigorosen Kürzungen auf dem Rücken von Arbeitslosen wie auch Kurzarbeitern ausgetragen werden. Hauptsächlich betroffen ist dabei die Arbeitsmarktpolitik insgesamt. Der Anteil der Kürzungen bei der Bundesanstalt, bezogen auf den Bundeshaushalt, beträgt annähernd 50 Prozent für 1983 und 1984. Darunter fallen beispielsweise: Kürzungen des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe, der Rentenversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter und Arbeitslose, die die Bundesanstalt an die Rentenversicherungsträger zahlt. Bei Kurzarbeitern sind so zum Beispiel die monatlichen Rentenversicherungsbeiträge 1983 gegenüber dem Vorjahr um circa 32 Prozent gekürzt worden. Daraus ist ersichtlich, die Opfer der Bonner Kürzungspolitik werden gleich mehrfach zur Kasse gebeten.
5. Die Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger ist prozentual gestiegen. Das weist auf erhöhte Dauerarbeitslosigkeit als auch auf zunehmende Ausgrenzung der Arbeitslosen aus dem sozialen Sicherungssystem hin. Jüngste wissenschaftliche Untersuchungen konstatieren als Folge davon eine "neue Armut" in der Bundesrepublik.
6. Einfach absurd ist, daß bei der Bundesanstalt schon in diesem Jahr mit einem Überschub von einer Milliarde DM gerechnet wird, obwohl die Arbeitslosigkeit einen solchen hohen Stand hat. Es ist bezeichnend, warum die Bundesregierung hierzu keine Angabe macht. Daraus folgt: Statt Förderung des Abbaues der Arbeitslosigkeit und der Rückkehr aus der stillen Reserve geht die jetzige Arbeitsmarktpolitik an den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitslosen vorbei. Es findet eine zunehmende Verdrängung der Arbeitslosen aus dem Erwerbsleben statt. Die Bundesregierung will das Risiko der Arbeitslosigkeit privatisieren, das heißt auf die Schultern der Einzelnen legen. Alles deutet darauf hin, daß der Bundesregierung der hohe Arbeitslosenstand geradezu recht ist, und daß sie ihn politisch miteinkalkuliert, um den Abbau sozialer Rechte und des Arbeitsschutzes zu Gunsten der Unternehmensseite weiter fortzusetzen.

Sozialdemokraten lehnen eine solche Politik, die den sozialen Frieden zerstört, ab. Wenn wir an der Regierung wären und wieder sind, hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erste Priorität.

(-/22.6.1984/ks/va)

+ + +

